

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 0202/2019 (BJD)

Auftrag Rolf Sommer (SVP, Olten): Mehr Demokratie in der Ortsplanung – Änderung des Planungs- und Baugesetzes (06.11.2019)

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Anpassung und eine Änderung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes zu prüfen, mit dem Ziel, wie die Entscheidungskompetenzen in Angelegenheiten der Ortsplanung und der kommunalen Nutzungspläne auf die Gemeindeversammlung bzw. das Gemeindeparlament übertragen werden können.

Begründung 06.11.2019: schriftlich.

Das geltende Planungs- und Baugesetz besagt, dass die Ortsplanung Aufgabe der Einwohnergemeinde ist. Planungsbehörde dabei ist der Gemeinderat (§ 9²). Er entscheidet über die Einsprachen und beschliesst die Nutzungspläne (§ 16³).

Planerische Entscheide sind einschneidend für die Bevölkerung, wie kaum etwas sonst. Wo und wie hoch gebaut und welche Grünfläche oder welches Ortsbild erhalten bleibt, hat bedeutenden Einfluss auf die Wohn- und Lebensqualität.

Ausgerechnet bei der Ortsplanung sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger jedoch äusserst beschränkt und werden den demokratischen Traditionen unseres Staatswesens eigentlich nicht gerecht.

Die Bevölkerung kann sich nur über die Grundzüge der anzustrebenden räumlichen Ordnung der Gemeinde, zum Leitbild (§ 9³), äussern. Konkrete Festlegungen in den Nutzungsplänen (Zonenpläne, Erschliessungspläne) hingegen sind der demokratischen Entscheidungsmöglichkeit der Stimmberechtigten entzogen und liegen in der alleinigen Zuständigkeit des Gemeinderats. Zwar können im sogenannten Mitwirkungsverfahren Vorschläge gemacht werden; doch ist es die Exekutive allein, die entscheidet.

Das Solothurner Modell ist ziemlich einmalig. In allen anderen Kantonen, mit Ausnahme von Freiburg, liegt die Zuständigkeit bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern sowie der Legislative. Dies ist wohl nur historisch zu erklären, indem im Kanton Solothurn die Gemeinderäte lange Zeit gross waren und im Proporz gewählt werden; inzwischen wurden die Exekutiven in den meisten Gemeinden auf fünf Mitglieder verkleinert (z.B. in Trimbach von 30 auf 5 Personen), so dass in der Planung geradezu oligarchische Verhältnisse entstanden sind. Das Planungs- und Baugesetz sollte den neuen Gegebenheiten angepasst werden.

Generell ist bei uns die demokratische Mitwirkung sehr umfassend und andernorts äusserst breit (Beispielsweise konnte in Olten in den letzten Monaten über eine Kältemaschine der Eisbahn, über die Parkgebühren oder eine Stelle bei der Baudirektion an der Urne abgestimmt werden). Die Demokratie sollte nicht bloss auf solche Detailfragen beschränkt sein. Die Stimmberechtigten sind durchaus in der Lage, auch komplexe Angelegenheiten zu prüfen und zu entscheiden. Man denke an das Budget oder an planerische Entscheide, welche an einen Kredit gebunden sind.

Unterschriften: 1. Rolf Sommer, 2. Peter M. Linz, 3. Josef Fluri, Roberto Conti, Markus Dick, Kevin Kunz, Christine Rütli, Rémy Wyssmann (8)